



Öffentliche Bekanntmachung
des Kreises Plön

Lfd.Nr./Jahr
21 /2007

Veröffentlichungsdatum:
25.06.2007

**Niederschrift
über die 21. Sitzung des Kreistages
am 01. März 2007, 17.00 Uhr, in Plön,
Kreishaus, Kreistagssitzungssaal
mit einer Feierstunde zur Verleihung
des Kreiskulturpreises 2006
sowie Fortsetzung der Sitzung um 18.30 Uhr**

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete Arp, Hans-Hugo, Arp, Johanna, Benecke, Bredereck-Mallas, Busch-Laurinck, Bussenius, Dirschauer, Dittkuhn, Dreßler, Ehlert, Ehmke, Dr. Ellendt, Dr. Freundt-Malecha, Gehrke, Grotzki, Prof. Dr. Haensel, Hansen, Bettina, Hansen, Thomas, Hartke, Hilker, Hohnheit, Dr. Jahn, Janz, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, König, Korbmacher, Kort-to-Krax, Maroses, Michaelsen, Dr. Niedermeier-Lange, Ohl, Plambeck, Rusch, Schlauderbach, Schlünsen (ab 19.33 Uhr), Schreiber (ab 18.55 Uhr), Schwalbe, Selchow, Sönnichsen, Tams, Thielscher, Dr. Thies, Vexer, Wohlgethan.

Es fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Biemann, Boll, Hagen, Heller, Leyk und Schulz-Giese.

01. Wiedereröffnung und Begrüßung

Kreispräsident Kalinka eröffnet die Feierstunde um 17.00 Uhr und begrüßt die anwesenden Gäste. Insbesondere begrüßt er Herrn Schlemminger als Kulturpreisträger, das Preisgericht sowie die Kulturpreisträgerin Dr. Irmgard Engling. Nach einer Einführung durch die Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, KTA Rusch, hält der Leiter des Theaters im Werftpark, Herr Norbert Aust, die Laudatio auf den Preisträger.

Kreispräsident Kalinka und Landrat Dr. Gebel überreichen sodann den mit 1.000 Euro dotierten Kreiskulturpreis 2006 an Herrn Schlemminger.

Der Kreiskulturpreisträger bedankt sich in einer kurzen Ansprache und einigen Sketchen beim Kreistag für die Verleihung des Preises.

Bei seinem Schlusswort bedankt sich Kreispräsident Kalinka bei Herrn Georg Schroeter für die musikalische Umrahmung, bei dem Preisgericht für die geleistete Arbeit sowie bei der „lebenden Statue“

Max Schlemminger.

Er unterbricht die Sitzung des Kreistages um 17.45 Uhr.

Kreispräsident Kalinka setzt die Kreistagsitzung um 18.30 Uhr fort. Er begrüßt nochmals die Kreistagsabgeordneten, die Verwaltung, die Gäste und die Presse.

Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 16.02.2007 einberufen worden ist. Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 45 anwesend. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zur Protokollführerin wird Oberamtsrätin Möller bestellt.

KTA Thomas Hansen beantragt, die TOP 7, 8, 9 und 10 ohne Aussprache zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch im Kreistag.

Die jetzt vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

02. Einwohnerfragestunde

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 14.12.2006

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

05. Vorschlag des Kreises Plön für die Neuwahl der landwirtschaftlichen Beisitzer/innen der Spruchstelle für Flurbereinigungen

06. Jahresrechnung 2005 und Bericht des Rechnungsprüfungsamtes

07. Anhörung des Kreistages zum Beitritt der Stadt Lütjenburg zum Amt Lütjenburg-Land zum 01.01.2008

08. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine integrierte Regionalleitstelle in Kiel

09. Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Übertragung von Aufgaben des v Kreises Plön auf die Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter des Kreises Plön

10. Förderung von Baumtoren

hier: Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft vom 28.11.2006 an den Kreistag

11. Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen:
Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung

12. Antrag der Fraktion von Bündnis 90/die Grünen:
Instrumente zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Kreis Plön

13. Antrag der UWG-Fraktion:
Trägerschaft der Gymnasien im Kreis Plön nach dem 31. Juli 2008

14. Mitteilungen und Anfragen

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

02. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 14.12.2006

Einwände gegen die Niederschrift über die 20. Sitzung des Kreistages am 14.12.2006 werden nicht erhoben.

Stimmenverhältnis: einstimmig

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

Es werden folgende Anträge gestellt:

1. Hauptausschuss

Antrag der CDU-Fraktion:

Ausgeschieden: Jan-Hendrik Köhler-Arp

neues Mitglied: Simon Bussenius

persönl. Vertr.: Dr. Regine Niedermeier-Lange

neue persönliche Vertreterin von Thomas Hansen:

Corinna König

der bisherige persönliche Vertreter Gert Killig (von Köhler-Arp) scheidet aus.

2. Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales

Antrag der CDU-Fraktion:

als Mitglied scheidet aus: Oliver Hagen

neues Mitglied: Corinna König

neues stellv. Mitglied: Jan Selchow

3. Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Antrag der CDU-Fraktion:

ausgeschieden: Jan-Hendrik Köhler-Arp

neues Mitglied: Brigitte Ehlert

4. Jugendhilfeausschuss

Antrag der CDU-Fraktion:

Die bisherige Vorsitzende Regina Schulz-Giese tritt als Vorsitzende zurück und wird zugleich als neue stellv. Vorsitzende vorgeschlagen.

Die bisherige stellv. Vorsitzende Ulrike Michaelsen wird neue Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses.

5. Frauenpolitischer Beirat

Antrag der CDU-Fraktion:

Als stellv. Mitglied scheidet aus: Regina Schulz-Giese
neues stellv. Mitglied wird Dr. Regine Niedermeier-Lange

Stimmenverhältnis: einstimmig

05. Vorschlag des Kreises Plön für die Neuwahl der landwirtschaftlichen Beisitzer/innen der Spruchstelle für Flurbereinigungen

Von der CDU-Fraktion wird Claus Heller vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Kreistag schlägt für die Neuwahl der landwirtschaftlichen Beisitzer der Spruchstelle für Flurbereinigung

Herrn Claus Heller, wohnhaft in Dorfstr. 29, 24235 Wendtorf,
vor.

Stimmenverhältnis: einstimmig

06. Jahresrechnung 2005 und Bericht des Rechnungsprüfungsamtes

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss:**

Die Jahresrechnung 2005 wird festgestellt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

07. Anhörung des Kreistages zum Beitritt der Stadt Lütjenburg zum Amt Lütjenburg-Land

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Plön begrüßt den Beitritt der bisher amtsfreien Stadt Lütjenburg zum Amt Lütjenburg-Land sowie dessen Umbenennung in „Amt Lütjenburg“ zum 01.01.2008.

Stimmenverhältnis: einstimmig

08. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine integrierte Regionalleitstelle in Kiel

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss:**

Der Kreis Plön schließt mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Errichtung und den Betrieb einer Integrierten Regionalleitstelle Mitte gemäß dem nun vorliegenden Vertragsentwurf.

Stimmenverhältnis: einstimmig

09. Verlängerung des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Übertragung von Aufgaben des Kreises Plön auf die Städte, amtsfreien Gemeinden und Ämter des Kreises Plön

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Übertragung von Aufgaben des Kreises Plön wird in der der Sitzungsvorlage Nr. 6/07 beigefügten Fassung geschlossen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

10. Förderung von Baumtoren

hier: Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft vom 28.11.2006 an den Kreistag

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss:**

Der Kreistag stimmt dem Vorschlag des Ausschusses für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft vom 28.11.2006 zu und ändert seinen Beschluss vom 30.10.1997 – verkehrsberuhigende Maßnahmen, Baumtore – dahingehend, dass Baumtore an Kreisstraßen nicht mehr gefördert werden.

Stimmenverhältnis: 44 ja-Stimmen
1 nein-Stimme

11. Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen:

Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung

Den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen begründet KTA Hilker. Er führt aus, dass es bei diesem Punkt eigentlich weniger um das neue Schulgesetz als vielmehr um Finanzpolitik geht. Für ihn handelt es sich um eine schlechte Finanzpolitik zu Lasten der Familien. Mit der neuen Vorschrift wird auch dem Kreis Plön verbindlich vorgeschrieben, die Eltern mit 30 Prozent der Kosten an der Schülerbeförderung zu beteiligen. Weil zudem die Mittel aus dem Finanzausgleich gekürzt worden sind, müssen die Kommunen die Leistungen an ihre Bürger ebenfalls kürzen. Dies hat erhebliche Auswirkungen. Gerade im ländlichen Raum ist eine Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung von gravierender Bedeutung; nicht zuletzt durch die Schließung von Dorfschulen. Seinerzeit ist als Ausgleich für die Schließungen die kostenlose Schülerbeförderung eingeführt worden. Jetzt steht zu befürchten, dass der Besuch einer weiterführenden Schule abhängig vom Einkommen der Eltern ist. Ärgerlich ist dabei für ihn die Tatsache, dass die Mehrbelastung für die Eltern gar nicht notwendig wäre, wenn die Landesregierung eine vernünftige Haushaltspolitik machen würde. Auch mit einer vernünftigen Verwaltungsstrukturreform ließe sich viel Geld einsparen. Er bittet den Kreistag, die Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung abzulehnen und insofern dem Antrag der Grünen zuzustimmen.

KTA Dr. Jahn merkt an, dass – wie schon richtig von Herrn Hilker dargelegt worden ist – die Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen sind. Insofern fragt er sich, ob der Kreis überhaupt auf eine Beteiligung verzichten kann. Um eine seriöse Politik machen zu können, sind zusätzliche Zahlen und Informationen erforderlich. Deshalb hat seine Fraktion den vorliegenden Antrag gestellt. Nach Beratung im Fachausschuss sollte dann im Kreistag eine vernünftige Entscheidung getroffen werden.

Landrat Dr. Gebel macht deutlich, dass der Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen streng genommen zum „Ungehorsam gegenüber dem Gesetz“ auffordert. Er hält fest, dass es keine Möglichkeit gibt, auf die Elternbeteiligung zu verzichten. Er erinnert daran, dass es intensive Gespräche mit den Gemeinden zu den Finanzbeziehungen zwischen Kreis und Gemeinden gegeben hat. Dabei ist der Kreis ausdrücklich ermutigt worden, den Weg der Elternbeteiligung vorrangig zu verfolgen. Die Fragen, die KTA Dr. Jahn gestellt hat, lassen sich sofort beantworten. Bei Einführung einer Elternbeteiligung kann der Kreis Plön 500.000 Euro (Gemeinden rund 100.000 Euro) sparen. Zu den Beteiligungserlösen mit sozialer Staffelung kann nichts gesagt werden, weil dafür zunächst der Erlass einer Satzung erforderlich ist. Im Übrigen handelt es sich dabei um eine politische Entscheidung, bei der der Kreistag sagen müsste, welche Sozialermäßigung er überhaupt gewähren will. Zu der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung des Fahrplanangebots über den Schulweg hinaus merkt er an, dass über dieses Thema schon hinlänglich gesprochen worden ist. Die Nutzung der Fahrkarte außerhalb der Schulzeit ist im Bereich Kiel wegen der guten Busverbindungen sinnvoll, während im ländlichen Bereich keine entsprechenden Möglichkeiten bestehen.

KTA Sönnichsen geht zunächst auf die Ausführungen des KTA Hilker zu den Förderprogrammen ein. Sodann weist er darauf hin, dass das neue Schulgesetz beschlossen und in Kraft getreten ist. Insofern heißt es, „mit diesem Gesetz zu leben“. Dieses Gesetz verpflichtet den Kreis, die Eltern mit 30 Prozent an den Kosten zu beteiligen. Deshalb ist eine Änderung der Satzung notwendig. Im Moment mangelt es noch an einer entsprechenden Verordnung, die insbesondere regeln muss, was mit denjenigen geschehen soll, die die Monatskarte auch für andere Zwecke nutzen können sowie die Behandlung von Härtefällen. Zur Frage der Kompensation will er ganz deutlich sagen, dass die kommunalen Spitzenverbände geradezu vom Landtag gefordert haben, diese verpflichtende Wirkung in das Gesetz aufzunehmen, um zu verhindern, dass es in den Kreisen wieder Konkurrenzkämpfe, Wettbewerbe usw. gibt. Er gibt zu bedenken, dass der Kreis Plön einer der wenigen Kreise – wenn nicht gar der einzige Kreis – ist, der keine Elternbeteiligung in seiner bisherigen Satzung vorsieht. Wenn alle Fakten zur Beratung vorliegen, kann der Kreistag eine Entscheidung treffen. Abschließend weist er das Argument der Grünen, dass nur noch Kinder reicher Eltern weiterführende Schulen besuchen könnten, entschieden zurück. Die jetzige Satzung sieht die kostenfreie Schülerbeförderung nur bis zur 10. Klasse vor, ab der 11. Klasse waren bisher schon 100 Prozent zu bezahlen.

Für die UWG-Fraktion führt deren Vorsitzender Dr. Thies aus, dass der Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nur am Anfang der Rede des KTA Hilker begründet worden ist. Danach haben sich die Ausführungen nicht auf das Thema bezogen, vielmehr sind die Ausführungen zur Landespolitik sehr allgemein gewesen. Zur beantragten Resolution, die eine Ablehnung des Kreistages zur Kostenbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten vorsieht, bittet er den Kreispräsidenten um Prüfung der Frage, ob über einen solchen Antrag hier überhaupt abgestimmt werden kann, da die Bestimmungen im Schulgesetz sehr eindeutig sind. Er empfiehlt den Antragstellern abschließend, ihre Anträge zurück zu ziehen, weil noch gar nichts zu beschließen ist.

Kreispräsident Kalinka merkt an, dass ein Beschluss des Kreistages zu der vorgelegten Resolution rechtlich möglich wäre.

KTA Korbmacher führt für die SPD-Fraktion aus, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport bereits Informationen durch die Verwaltung zur neuen Gesetzeslage gegeben worden sind. Dabei gab es im Ausschuss Einvernehmen darüber, dass die komplexe

Thematik zunächst in einer Arbeitsgruppe bearbeitet werden sollte. Er gibt zu bedenken, dass es sich bei dem 30prozentigen Anteil nur um den kleineren Betrag handeln würde, weil die Kosten insgesamt für den Kreis wesentlich höher sind. Er beantragt abschließend, dass der vorliegende Antrag zur Beratung in den Schulausschuss überwiesen wird.

KTA Dreßler unterstreicht das Recht des Kreistages zum Opponieren. An die Ausführungen seines Fraktionskollegen Hilker anknüpfend merkt er an, dass das „Schulsterben“ weitergeht. Dabei verweist er auf Angaben der Kultusministerkonferenz, dass die Schülerzahlen um knapp 20 Prozent bis zum Jahre 2020 abnehmen werden. Für den ländlichen Raum bedeutet dies, dass Schulen schließen werden. Dies wird einen Anstieg der Fahrschüler und damit auch der Kosten für die Eltern nach sich ziehen. Er sieht darin eine Entlastung des defizitären Kreishaushalts zu Lasten der betroffenen Eltern.

KTA Dr. Jahn hält eine Beantwortung der Fragen seiner Fraktion für unablässig, dies trifft insbesondere auf die Frage unter b) zu. Dass dies nicht ganz einfach ist, weiß er natürlich, dennoch sind die Fragen von zentraler Bedeutung.

KTA Thomas Hansen führt aus, dass die Umsetzung der Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung zu erfolgen hat, nachdem der Landtag das entsprechende Gesetz beschlossen hat. Dabei möchte er nicht unerwähnt lassen, dass der Plöner Kreistag dies auch schon hätte früher tun können, wenn er es denn gewollt hätte. Er fragt sich, ob die hier geführte Debatte hilfreich für die Sache ist. Im Übrigen hat er den Landrat so verstanden, dass eine Sozialstaffel zwar möglich ist, dass aber die Beschaffung der Daten nach dem SGB XII Schwierigkeiten macht. Deshalb schlägt er dem KTA Dr. Jahn vor, zunächst die Vorlage der Verwaltung zu diesem Thema abzuwarten. Er macht den Vorschlag, heute zu beschließen, dass der von der Verwaltung vorgelegte Satzungsentwurf zur Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten mit Berücksichtigung der Sozialstaffel im Schulausschuss beraten und von dort zur Beschlussfassung an den Kreistag weitergegeben wird. Abschließend möchte er festgestellt wissen, dass aufgrund der finanziellen Situation des Staates eine Elternbeteiligung zwar schmerzlich, aber dennoch geboten ist und um die der Kreis nicht „herumkommt“.

KTA Dr. Thies merkt an, dass hier und heute nicht über Familienpolitik zu sprechen ist, weil es in der Frage der Elternbeteiligung keinen Spielraum des Kreistages gibt.

Über den Antrag von B 90/Die Grünen

„Der Kreistag Plön lehnt eine Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung ab.“

wird wie folgt abgestimmt:

Stimmenverhältnis:	4	ja-Stimmen
	41	nein-Stimmen
	1	Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Kreispräsident Kalinka fragt KTA Dr. Jahn, ob der Antrag wie folgt formuliert werden könnte, weil dadurch eine allgemeine Formulierung gefunden und zudem die Wünsche der SPD-Fraktion berücksichtigt werden würden:

„Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über die Auswirkungen der Einführung der Elternbeteiligung an der Schülerbeförderung gemäß § 114 SchulG-SH und einen Satzungsentwurf zur Elternbeteiligung vorzulegen, der die Vermeidung sozialer Härten vorsieht und auch auf die Frage über den Schulbus hinausgehende Regelungen eingeht.“ Im Übrigen geht er davon aus, dass das Bildungsministerium noch Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Schulgesetz geben wird.

Landrat Dr. Gebel bittet die FWG-Fraktion um ihr Einverständnis, dass die Fragen in der Sitzungsvorlage zur Satzung über die Schülerbeförderung beantwortet werden. Sollte eine Beantwortung nicht möglich sein, wird dies entsprechend vermerkt werden. Die FWG-Fraktion erhebt keine Einwände dagegen.

Über den – wie vor – formulierten Antrag wird wie folgt **abgestimmt**:

Stimmenverhältnis: einstimmig

12. Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen:

Instrumente zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Kreis Plön

KTA Hilker bringt für seine Fraktion den Antrag in den Kreistag ein. Die Einführung von Hartz IV hat erhebliche Auswirkungen auf viele Menschen im Kreis Plön gehabt, die Akzeptanz ist aber von Anfang an sehr „brüchig“ gewesen. Hartz IV in seiner jetzigen Ausführung ist für seine Fraktion mit einer Grundsicherung nicht mehr vereinbar. Im Kreistag soll es heute um die Rolle des Kreises in der Beschäftigungspolitik gehen. Durch die Mitträgerschaft in der arge. im Kreis Plön hat der Kreis eine neue Funktion und damit eine neue Verantwortung übernommen. Seine Fraktion hat sich in einem Gespräch mit Vertretern der arge. über deren Arbeit informiert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die Rahmendaten erfreulich, weil die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr zurückgegangen ist. Besonders erwähnenswert ist dabei die Tatsache, dass auch die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen gesunken ist. Die arge. im Kreis Plön verweist auf ihre Spitzenposition im Benchmarking bei den Integrationsleistungen. Auf den Hinweis des Kreispräsidenten, dass der Kreistagsabgeordnete den Antrag begründen und nicht zur Sache sprechen sollte, antwortet Herr Hilker, dass er lediglich begründet, warum die Integration von Langzeitarbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung für den Kreis und die Kommunen ist. Er fährt weiter fort und merkt an, dass das Ziel von Hartz IV ist, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Die Massenarbeitslosigkeit kann jedoch dadurch nicht beendet werden. Insbesondere ist den Menschen zu einer besseren Perspektive zu verhelfen, die über keine bzw. keine qualifizierte Ausbildung verfügen. Deshalb spricht sich seine Fraktion für langfristige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als Förderleistungen im Rahmen des SGB II aus. Weil nicht alle Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, wird eine Beschäftigung im sogenannten dritten Sektor erforderlich werden. Arbeit in diesem Sektor bereitzustellen, wird Aufgabe der Kommunen sein. Aus dem Vorgenannten ergeben sich viele Fragen. Mit dem Berichtsantrag seiner Fraktion soll zunächst erreicht werden, dass alle Kreistagsabgeordneten einen gemeinsamen Wissenstand haben.

Kreispräsident Kalinka weist darauf hin, dass er im Wiederholungsfall eine solche Begründung nicht noch einmal zulassen wird.

Landrat Dr. Gebel merkt an, dass er durch den Antrag gebeten wird, einen Bericht über die Instrumente für Langzeitarbeitslose zu geben. Er macht deutlich, dass Ergebnisse darüber erst seit Juni 2005 vorliegen, weil früher Langzeitarbeitslose in den Statistiken nicht gesondert ausgewiesen worden sind. Zur Problematik insgesamt will er aber gerne einen Bericht abgeben. Allerdings muss er darauf hinweisen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Plön in den letzten Jahren um 20 Prozent zurückgegangen ist. In dem Zusammenhang ist interessant, dass die Arbeitslosigkeit in einem Teil des Kreises gestiegen, während sie im anderen Teil erheblich zurückgegangen ist. Allerdings möchte er deutlich machen, dass der Kreis nicht Träger von Arbeitsmarktpolitik ist, vielmehr wirkt er in der arge. mit. Diese Mitwirkung bezieht sich aber mehr auf Kontroll- und Steuerungsfunktionen als auf die politische Mitbestimmung. Deshalb hätte die Frage im Antrag lauten müssen, wie der Einfluss des Kreises Plön in der arge. im Kreis Plön erhöht werden kann. Somit bittet er um Beantwortung der Frage, worauf es bei der Antragstellung primär ankommen soll. Zu den einzelnen Instrumenten, die zur Verfügung stehen, könnte er allerdings schon heute Ausführungen machen.

KTA Grotzki bemängelt den Diskussionsstil in der heutigen Kreistagssitzung. Auch die Einlassungen des Landrates sowie die Unruhe, die bei der Begründung des Antrages innerhalb der Kreistagsabgeordneten geherrscht hat, lassen nur den Schluss zu, dass offensichtlich keiner Lust hat, über das Thema zu diskutieren. Sie erläutert noch einmal, dass heute hier im Kreistag keine arbeitsmarktpolitische Debatte geführt werden soll, sondern erst in der Mai-Sitzung. Dann allerdings sollte überlegt werden, ob der Kreis größere Einflussmöglichkeiten in der arge. im Kreis Plön erreichen kann. Dafür ist eine genaue Kenntnis über die Aufgaben der arge. erforderlich.

Landrat Dr. Gebel macht darauf aufmerksam, dass der Kreis keine Einflussmöglichkeiten auf die Arbeitsmarktprogramme hat und fragt, warum darüber diskutiert werden soll.

KTA Grotzki bestätigt, dass die Programme durch die BA vorgegeben werden, jedoch hat die arge. im Kreis Plön auch gewisse Freiheiten, was zusätzliche Instrumente anbelangt, die auf den regionalen Arbeitsmarkt zugeschnitten sein sollen.

Kreispräsident Kalinka gibt als zusätzliche Erläuterungen zum Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen und merkt an, dass ein Bericht vom Landrat, nicht aber von den Vertretern des Kreises Plön in der arge. gewünscht worden ist. Dies weicht von den genannten Begründungen ab. Die Anfrage des Kreispräsidenten, ob der Bericht zunächst in den Ausschüssen beraten werden soll, wird von der Vorsitzenden der Fraktion verneint. Somit wird eine Beratung direkt im Kreistag erfolgen.

Über den Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

„Der Kreistag bittet den Landrat um einen Bericht in der nächsten Kreistagssitzung zum Thema „Instrumente zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt im Kreis Plön“.

beschließt der Kreistag wie folgt:

Stimmenverhältnis: 4	ja-Stimmen
1	nein-Stimme
Rest	Enthaltung

Der Antrag ist damit angenommen worden.

13. Antrag der UWG-Fraktion:

Trägerschaft der Gymnasien im Kreis Plön nach dem 31. Juli 2008

KTA Dr. Thies bringt den Antrag seiner Fraktion in den Kreistag ein und begründet ihn. Er führt aus, dass durch das neue Schulgesetz Fakten geschaffen worden sind, die die Schullandschaft auch im Kreis Plön in hohem Maße verändern werden. Zu der Beteiligung der Eltern an den Fahrkosten mit 30 % kommen die Abschaffung der Realschulen und die Einführung der Regional- und Gemeinschaftsschulen. Zu Recht fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger, ob damit durch die Hintertür Gesamtschulen entstehen sollen. Im Unterabschnitt 2 des neuen Schulgesetzes wird ausgeführt, dass die Gemeinden die Träger der allgemein bildenden Schulen sind. Dies bedeutet für den Kreis Plön, dass für die Gymnasien, die in seiner Trägerschaft stehen, Planungsbedarf besteht. Deswegen ist das erste Ziel ihres Antrages, dass sich der Kreistag rechtzeitig und aktiv mit der Frage der Schulträgerschaft auseinandersetzt, Zielvorstellungen entwickelt und Entscheidungen trifft. Dabei ist selbstverständlich, dass die Überlegungen sich auch auf die übrigen Schulen in Kreisträgerschaft erstrecken müssen. Als Ziel der Überlegungen sollte definiert werden, dass der Kreis die Trägerschaft bei den Gymnasien behält dies ist gemäß § 148 Abs. 6 Schulgesetz auch möglich. Die Ausgleichsfunktion ist eine wichtige Aufgabe des Kreises. Diese Funktion nimmt der Kreis in Bezug auf die Gymnasien im Kreis Plön bisher in sehr guter Weise wahr. Von daher sieht er keinen Grund, dies zu ändern. Insbesondere kann er nicht erkennen, dass die Bildung von großräumigen Schulverbänden eine bessere Lösung darstellt. Von daher plädiert er dafür, die Gymnasien in der Trägerschaft des Kreises zu belassen. Deshalb bittet die UWG-Fraktion den Kreistag zu beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, mit den Schulgremien der Gymnasien im Kreis Plön über ihre Schulträgerschaft Gespräche zu führen und mit den Gemeinden, die Standort von Gymnasien sind, zu verhandeln mit dem Ziel, die Gymnasien in der Trägerschaft des Kreises Plön zu belassen. Über die Ergebnisse der Gespräche und Verhandlungen ist zu berichten.

KTA Bredereck-Mallas merkt an, dass ihre Fraktion es als zu früh ansieht, wenn eine Entscheidung in der heutigen Sitzung getroffen werden würde. Deshalb ist von ihnen ein Änderungsantrag vorgelegt worden. In der Begründung für ihren Antrag führt sie aus, dass die Geburten- und damit die Schülerzahlen rückläufig sind. Dem muss Rechnung getragen werden. Dabei bringt sie zum Ausdruck, dass ihre Fraktion nicht glücklich über die Entwicklung hin zu Regional- und Gemeinschaftsschulen ist. Jedoch hat das Instrument Schulentwicklungsplanung (neu) eine Chance verdient. Im Kreis Plön gibt es zurzeit 54 Schulen mit 28 Schulträgern. Darunter befinden sich sehr kleine Schulen, die zum Teil nicht einmal die Mindestgröße erreichen. Deshalb ist abzusehen, dass es sinnvolle Schulzusammenschlüsse geben muss. Dabei besteht die Möglichkeit, dass kleinere Schulen als Außenstellen von größeren Schulen erhalten bleiben. Darüber müssen die Schulträger diskutieren, wobei der Kreis in diesem Prozess als Moderator auftreten kann. Der Kreis selber hat natürlich für die in seiner Trägerschaft stehenden Gymnasien ebenfalls Gespräche zu führen. Dabei zielt der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zwar auf Gespräche, hat jedoch keine besonderen Erwartungen an die Gespräche zur Schulentwicklungsplanung. Allerdings wäre ihr Wunsch, dass Schulen von Schulverbänden betrieben werden. Erst wenn Ergebnisse über die Gespräche vorliegen, sollte eine Entscheidung über die Trägerschaft getroffen werden.

KTA Thielscher wundert sich über die gestellten Anträge zur Schülerbeförderung, aber auch über die zu diesem Tagesordnungspunkt. Er verweist auf das zurzeit gültige Schulgesetz. Insbesondere bittet er das Augenmerk darauf zu richten, wie mit den kreiseigenen Schulen zu verfahren ist. Danach hat der Kreis gemäß § 148 Schulgesetz überhaupt keinen Einfluss darauf, wer Schulträger der Gymnasien wird, vielmehr entscheiden darüber die örtlichen Schulträger. Er fragt sich, ob

Gründe für die Anträge im Haushalt des Kreises Plön zu finden sind. Diese Überlegungen werden sich auch die örtlichen Schulträger machen. Von einigen weiß er, dass diese die Trägerschaft für die Gymnasien gerne übernehmen wollen. Wenn also die Schulträger entschieden haben, die Trägerschaft zu übernehmen, dann hat der Kreis Plön keine Möglichkeit, diese zu behalten. Zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Schulentwicklungsplanung merkt er an, dass auch dies gesetzlich geregelt ist. Deshalb geht er davon aus, dass dies von der Verwaltung veranlasst wird.

KTA Thomas Hansen bedankt sich bei der UWG-Fraktion für den Anstoß des Diskussionsprozesses zu diesem Thema. Die Frage der Schulträgerschaft kann zwar heute nicht abschließend beraten werden, jedoch muss die Diskussion eingeleitet werden, wenn auch noch nicht bekannt ist, wie sich die in Frage kommenden Gemeinden entscheiden werden. Jedoch stellen sich vermögensrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Thematik. Diese sind von weit reichender finanzieller Konsequenz, zumal der Kreis nicht unerhebliche Mittel eingesetzt hat, um die Schulen in einem guten Zustand zu versetzen bzw. zu erhalten. Deshalb ist es wichtig, in Gespräche mit den Betroffenen einzutreten, um deren Bereitschaft zur Übernahme der Trägerschaft zu klären. Grundvoraussetzung für eine weitere Trägerschaft des Kreises ist dabei das Einvernehmen mit der betroffenen Gemeinde. Dafür sind umfangreiche Gespräche erforderlich. Er beantragt deshalb für die CDU-Fraktion, die Anträge an den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport, ggf. wegen der finanziellen Auswirkungen auch an den Hauptausschuss als Finanzausschuss zur Beratung zu überweisen und die Verwaltung zu beauftragen, in die Gespräche einzutreten.

KTA Dr. Jahn bestätigt die Ausführungen seines Vorredners über den guten Zustand der kreiseigenen Schulen. Ferner bedankt er sich für die Thematisierung. Er ist davon überzeugt, dass bisher schon Gespräche geführt worden sind. Lediglich die Selbstverwaltung ist daran noch nicht beteiligt worden. Insofern ist es gut, wenn diese ebenfalls „ins Boot“ geholt worden ist.

KTA Hilker führt aus, dass es aus Sicht der Grünen eine wirklich gute Lösung gäbe. Diese heißt eigenständige Schulen in großen Amtsgemeinden. Deshalb zeigt auch dieses Thema, wie dringend eine Gebiets- und Verwaltungsstruktur benötigt wird, weil die Vielzahl der unterschiedlichen Schulträger belegt, dass die kommunalen Strukturen den Anforderungen nicht gerecht werden. Zweckverbände sind dabei keine Lösung. Nach Auffassung seiner Fraktion gehören alle Schulen – mit Ausnahme der Berufsschulen – in die Trägerschaft von Amtsgemeinden. Für die Zukunft stellt er sich eigenständige Schulen vor, die über alle Belange selbstständig entscheiden können.

Landrat Dr. Gebel macht zum Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass er sich hier zu Schulträgerfragen, d. h. schulrechtlich und schulorganisatorisch, äußern möchte. Zum einen geht es um einen Schulträgerwechsel und zum anderen um das Thema Schulentwicklungsplanung. Wenn es auf freiwilliger Basis zu einer Reduzierung von Schulverbänden käme, würde er das sehr begrüßen. Es stellt sich die Frage, was das Schulgesetz gebracht hat. Insofern möchte er den KTA Thielscher unterstützen, der hier ausgeführt hat, dass der Kreis zurzeit noch nicht am Zuge ist. Es sollte alles unterlassen werden, was die Gemeinden verschrecken könnte. Deshalb hält er es taktisch nicht für richtig und operativ nicht für erforderlich, jetzt schon Entscheidungen zu treffen. Der Kreis hat keine Möglichkeiten, gesetzliche Entscheidungen zu revidieren, sondern hat diese zu akzeptieren. Das neue Schulgesetz gibt dazu klare Vorgaben. Nur ausnahmsweise – wenn die betroffenen Gemeinden die Schulen nicht übernehmen wollen – besteht die Möglichkeit, dass der Kreis die Trägerschaft behält. Deshalb sollte der Kreistag möglichst von Vorgaben für die zu führenden Gespräche absehen. Wichtig ist selbstverständlich die Kostenfrage, zumal der Kreis – wie auch erwähnt wurde – viel Geld in seine Schulen investiert hat. Zur Schulentwicklungsplanung

merkt er an, dass dies zwar eine Kreisaufgabe ist, der Kreis jedoch nicht die Kompetenz hat, eine Planung vorzugeben. Er bestätigt, dass dabei auch kreisübergreifend gedacht werden muss. Abschließend erklärt er, dass nicht immer Dänemark als Vorbild für die Schuldiskussion herangezogen werden sollte.

KTA Bredereck-Mallas stellt klar, dass die Forderung nach großräumigen Schulverbänden nicht aus dem Programm der Grünen zitiert worden ist, sondern dies eine Forderung des Staatssekretärs Dr. Meyer-Hesemann ist, der bei einem Besuch im Kreis Plön dies in einem Gespräch mit der Selbstverwaltung geäußert hat.

KTA Johanna Arp geht auf die Ausführungen des KTA Hilker ein, der zwar einige interessante Ansätze gebracht hat, aber es bleibt für sie die Frage, was der Kreis wirklich bestimmen kann. Auch ihre Vorredner haben dies schon bestätigt, wirklich entscheiden kann der Kreis Plön nicht, weil die Entscheidung bei den zukünftigen Schulträgern liegt. Deshalb stellen sich zwei Fragen: Die eine betrifft die momentane Personal- und Sachausstattung der kreiseigenen Schulen und die daraus resultierende Frage, ob der neue Schulträger dies fortführen wird. Dabei ist auch die Angst der betroffenen Schulen zu berücksichtigen, ob der neue Träger das wirklich leisten kann. Im Falle eines Übergangs der Schulträgerschaft in andere Hände ist zu überlegen, dass vernünftig und verantwortungsvoll mit dem vorhandenen Personal umgegangen wird.

Die vorliegenden Anträge haben folgenden Wortlaut:

Antrag der UWG-Fraktion:

„Der Kreistag des Kreises Plön beschließt, den Landrat zu beauftragen, gemäß § 148 (6) des neuen Schulgesetzes mit den

Gymnasien (Schulkonferenz) des Kreises Plön Informationsgespräche über ihre Trägerschaft zu führen und mit den

Gemeinden, die Standort von Gymnasien sind, Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die Trägerschaft für die Gymnasien beim Kreis Plön zu belassen.

Über die Ergebnisse und Gespräche ist in den Selbstverwaltungsgremien zu berichten.“

Antrag der Fraktion von B90/Die Grünen:

„Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, mit den Schulträgern in ergebnisoffene Gespräche über die zukünftige Schulentwicklungsplanung einzutreten. Ziel ist die Weiterentwicklung der Schulen infolge der abnehmenden Schülerzahlen sowie des neuen Schulgesetzes. Dabei soll der Kreis auf die Bildung großräumigerer Schulverbände hinwirken, die auch die bisher kreiseigenen Schulen übernehmen könnten. Der Kreistag entscheidet nach Abschluss der Gespräche über die künftige Trägerschaft der Gymnasien.“

Der Kreistag **beschließt** auf Antrag der CDU-Fraktion, dass die Anträge von UWG und Bündnis 90/Die Grünen zur Beratung in den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport und in den Hauptausschuss überwiesen werden. Ferner wird die Verwaltungsleitung beauftragt, in die genannten Gespräche einzutreten, um die Haltung der betroffenen Gemeinden vorzuklären.

Stimmenverhältnis: einstimmig

14. Mitteilungen und Anfragen

KTA Thomas Hansen fragt, ob über das Schreiben des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht vom 06.02.2007, das ihm in Kopie vorliegt, noch hier im Kreistag gesprochen werden muss oder ob dies im Hauptausschuss ausreichen würde. Herr Dr. Dreher erklärt, dass es dabei um die Wahl eines Ausschusses der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht geht, der neu gewählt werden muss. Wahlberechtigt sind alle ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Schl.-H. Landessozialgericht. Dies ist auf Vorschlag des Kreistages Frau Helma Tams. Frau Tams ist von der Verwaltung unterrichtet worden und hat eine Kopie des Schreibens erhalten. Weiteres ist nicht vom Kreis zu veranlassen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Kreispräsident Kalinka schließt die Sitzung des Kreistages um 20.20 Uhr.

gez. Werner Kalinka

Kreispräsident

gez. Möller

Protokollführerin